

Politische PVS Vierteljahresschrift

Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft

Herausgegeben vom
Vorstand der Deutschen
Vereinigung für
Politikwissenschaft

Aus dem Inhalt:

Abhandlungen

Markus Baumann, Marc Debus und
Martin Gross

**Strength of weakness? Innerparteiliche
Heterogenität, divergierende
Koalitionspräferenzen und die Ergebnisse
von Koalitionsverhandlungen in den
deutschen Bundesländern**

Andreas Blätte und Andreas M. Wüst
**Der migrationsspezifische Einfluss auf
parlamentarisches Handeln: Ein Hypothesentest
auf der Grundlage von Redebeiträgen der
Abgeordneten des Deutschen Bundestags
1996–2013**

Philipp Richter

**Es werde Licht! Und es ward Licht? – Zur
Wirkung von Transparenz auf die Legitimität
öffentlicher Verwaltung**

Forum

Kai Koddenbrock

**Mehr Kapitalismus wagen! Herrschaft „jenseits
der Anarchie“ und die Rolle des Geldes**

2

2017

58. Jahrgang

Seite 179 – 349

ISSN 0032-3470



Nomos



D
P

V
W

Serloth, Barbara. *Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen. Wie Antisemitismus die Republik mitbegründete*. Wien. Mandelbaum Verlag 2016. 302 Seiten. 24,90 €.

Identitätsstiftend war 1945 zum einen der anti-nationalsozialistische Grundkonsens, zum anderen und gleichzeitig die österreichische Opferthese. Ersteres bezog sich auf den berühmten Geist der Lagerstraße, den Konsens der prominenten Verfolgten, die unmittelbar nach dem Anschluss in die KZs gesteckt wurden, zweiteres auf den in Österreich gerne rezipierten ersten Teil der Moskauer Deklaration. Im Unterschied zu Deutschland zog sich Österreich „auf eine umfassende, alles überdeckende Opferthese zurück und erklärte den gesamten Nationalsozialismus zu einem Problem Deutschlands“ (13). Und damit, so Serloth, „wurden die Entnazifizierung und somit auch das Eintreten gegen Antisemitismus, da nicht offiziell forciert, zweit-rangig.“ (13). Die Rolle und Mitschuld Österreichs am Nationalsozialismus und seinen Verbrechen wurde dementsprechend verleugnet – propagiert wurde die ‚Stunde Null‘.

Davon ausgehend untersucht Serloth in ihrer Studie, „den Einfluss des nachweisbaren, manchmal aktiven, manchmal aber auch nicht aktiven Antisemitismus der politischen Eliten der Nachkriegsjahre (und danach) auf die politischen Entscheidungsfindungsprozesse und Normsetzungen. D.h.: wie sich der Antisemitismus der politischen Eliten auf den Aufbau des normativen Gebäudes, der Politikarchitektur der Realverfassung und des politischen Selbstverständnisses auswirkte.“ (21f.). Ein erstes Fazit von Serloth ist, dass Juden gleich zu Beginn der Zweiten Re-

publik einen neuen Antisemitismus erlebten – „jenen des Opferneids.“ (169): „Juden wurde, obwohl die Gruppe der ‚rassisch‘ Verfolgten dem größten Leidens- und Vernichtungsdruck ausgesetzt war, die Einzigartigkeit ihres Leidens nicht nur abgesprochen, sie wurden auch als ‚nachrangige Opfer‘ behandelt. Dies nicht nur gesellschaftlich, sondern auch auf der Normebene, was sich in den Opferfürsorgegesetzen manifestierte. Damit muss festgehalten werden, dass die österreichische Gesetzgebung und der damit verbundene politische Diskurs antisemitisch geprägt waren. Festzuhalten ist, dass in jenen Bereichen, in denen es zu Maßnahmen gegen Antisemitismus und für eine gerechte Behandlung der Juden als erste Opfer des Nationalsozialismus kam, dies zumeist auf die Rücksichtnahme auf diesbezügliche Wünsche der Alliierten sowie auf das Bestreben, den Staatsvertrag unter Dach und Fach zu bringen, zurückzuführen war.“ (169). Ein Hauptproblem war die beharrliche „Nichtakzeptanz von Juden und Jüdinnen als selbstverständlicher Teil der österreichischen Wir-Gesellschaft und handelnde politische Subjekte.“ (278). Jene durch den nationalsozialistischen Rassenwahn geprägte Wir-Gesellschaft des Jahres 1945 sollte weitgehend belassen werden und das bedeutete gleichzeitig eine weitere Ausgrenzung von Juden und Jüdinnen aus dieser österreichischen Wir-Gemeinschaft: „Die Nachhaltigkeit des Versagens aller Mitglieder der politischen Elite Österreichs gehört hier genauso festgehalten wie die dadurch entstandene tiefe Beschädigung der österreichischen Wir-Gemeinschaft, die eines Teils ihrer selbstverständlichen Mitglieder verlustig gegangen war, ohne dass man sich in den Nachkriegsjahren bemühte,

diese alte Wir-Gemeinschaft – mit allen Verletzungen und Unverzeihbarkeiten – zumindest ein wenig wieder aufzubauen.“ (279).

Lehren aus dem millionenfachen Mord an Juden und Jüdinnen wurden nicht gezogen, die notwendige Einsicht in einen Neubeginn wurde der Konstanz und Kontinuität geopfert. Ein neues Österreich war nicht wirklich gewollt, stattdessen ein Österreich, „das auf der Ersten Republik aufbaute.“ (280). Die überlebenden Vertriebenen wurden nicht zurückgeholt, die Amnestierung der Ehemaligen aber sehr wohl forciert. Die Ehemaligen waren – im Gegensatz zu den Vertriebenen – anwesend und akzeptierter Teil des Systems: „Man hat es verabsäumt, eine gleiche, faire Gesellschaft ohne Ausgrenzungen aufzubauen und antisemitischen Vorurteilen von Anfang an den Kampf an-

zusagen. Dies wirkt sich bis heute aus, auch im Wiedererstarken des Antisemitismus in unserer Gesellschaft.“ (281). *Barbara Serloth* hat eine umfassende, eindrückliche Studie zum Antisemitismus der Zweiten Republik verfasst; sie hat gezeigt, wie tief und andauernd die Kontinuitäten des Antisemitismus (auch) in Österreich sind und wie selbstverständlich dieser Antisemitismus den Holocaust überlebt hat.

Dass dennoch – sehr spät, aber doch – Antisemitismus im Österreich des Jahres 2016 auch Gegenreaktionen und Empörung hervorzurufen im Stande ist, könnte ein klein wenig aufzeigen, dass der österreichische Antisemitismus nicht mehr die Selbstverständlichkeit bzw. Akzeptanz früherer Jahrzehnte für sich in Anspruch nehmen kann.

Reinhold Gärtner